

Protokoll

über die Sitzung des Finanzausschusses am Dienstag, 01.12.2015, 18:04 Uhr, im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Nienburger Straße 31, 31535 Neustadt a. Rbge.

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Uwe Sternbeck anwesend am 17.12.2015

Vorsitzende/r

Herr Frank Hahn

Stellv. Vorsitzende/r

Herr Werner Schaumann

Mitglieder

Herr Stephan Aust
Herr Dominic Herbst
Herr Thomas Iseke
Herr Jens Ohlau-von der Heide
Herr Andreas Plötz
Herr Stefan Porscha
Frau Sieglinde Ritgen
Herr Klaus-Peter Sommer

Vertreter/innen

| | |
|-------------------------|--|
| Herr Sebastian Lechner | als Vertreter für Herrn Werner Rump |
| Herr Björn Niemeyer | als Vertreter für Herrn Jens Ohlau von der Heide am 17.12.2015 |
| Frau Magdalena Rozanska | als Vertreterin für Herrn Stephan Aust am 17.12.2015 |
| Herr Thomas Stolte | als Vertreter für Herrn Stefan Porscha am 17.12.2015 |

Grundmandat

Herr Willi Ostermann

Verwaltungsvorstand

| | |
|---------------------|--|
| Herr Jörg Homeier | Fachbereichsleitung 3 |
| Herr Maic Schillack | Fachbereichsleitung 1, Erster Stadtrat |

Beratende Mitglieder

| | |
|-------------------------------|-------------------------|
| Herr Siegbert Dach | |
| Herr Günter Hahn | Teilnahme am 17.12.2015 |
| Frau Jane Stebner-Schuhknecht | Teilnahme am 01.12.2015 |
| Herr Thorsten Steen | |

Verwaltungsangehörige

Herr Wiegand Ahrbecker
Herr Thomas Meyer
Herr Peter Neuwald
Herr Uwe Rintelmann
Frau Kirsten Scheve

Sachgebiet Allgemeine Finanzen, Protokoll
Sachgebiet Allgemeine Finanzen, Protokoll
Fachdienstleitung Finanzwesen
Fachdienstleitung Zentrale Dienste
Sachgebiet Personal

Sitzungsbeginn: am 01.12.2015 um 18:04 Uhr
Sitzungsunterbrechung vom 01.12.2015 21:10 Uhr bis 17.12.2015 um 19.05 Uhr
Sitzungsende: am 17.12.2015 um 22:10 Uhr

Tagesordnung:

Vorlagen Nr.

- | | | |
|------|---|-------------------|
| 1. | Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2. | Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 20.10.2015 | |
| 3. | Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes | |
| 4. | Vereinbarung mit der Region Hannover zur Unterstützung betrieblicher Kindertagesbetreuung | 2015/268 |
| 5. | Änderungsvereinbarungen zwischen der Region Hannover und der Stadt Neustadt a. Rbge. bzgl. der Gewährung von Leistungen nach §90 Abs.3 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII (sog. Wirtschaftliche Jugendhilfe) | 2015/287 |
| 6. | Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 | 2015/211 |
| 7. | Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2016 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms | 2015/225 |
| 8. | Bekanntgaben | |
| 8.1. | Produktplan der Stadt Neustadt a. Rbge. für das Haushaltsjahr 2016; Beteiligung der Ortsräte | 2015/230/1 |
| 9. | Anfragen | |

1. Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Hahn eröffnet die Sitzung um 18.04 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Anschließend stellt er die ordnungsmäßige Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Herr Hahn weist darauf hin, dass zu Tagesordnungspunkt 7 „Haushaltsatzung für das Haushaltsjahr 2016 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2016 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms“ die Vorlage 2015/225/2 als Tischvorlage vorliegt.

2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 20.10.2015

Der Finanzausschuss fasst einstimmig bei 2 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 20.10.2015 wird genehmigt.

3. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

Die Einwohnerfragestunde wird nicht in Anspruch genommen.

4. Vereinbarung mit der Region Hannover zur Unterstützung betrieblicher Kindertagesbetreuung

2015/268

Ohne Aussprache fasst der Finanzausschuss einstimmig ohne Enthaltung folgenden empfehlenden

Beschluss:

Dem Abschluss der Vereinbarung mit der Region Hannover zur Unterstützung betrieblicher Kindertagesbetreuung wird zugestimmt.

5. Änderungsvereinbarungen zwischen der Region Hannover und der Stadt Neustadt a. Rbge. bzgl. der Gewährung von Leistungen nach § 90 Abs.3 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII (sog. Wirtschaftliche Jugendhilfe)

2015/287

Nach kurzer Erläuterung der Vorlage durch Herrn Schillack fasst der Finanzausschuss einstimmig ohne Enthaltung folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Änderungsvereinbarungen in der als Anlagen 1 und 2 angefügten Form abzuschließen. Die Anlagen 1 und 2 werden zum Beschlussbestandteil erklärt.

6. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 **2015/211**

7. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2016 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms **2015/225**

Im Finanzausschuss besteht Einvernehmen darüber, dass die Tagesordnungspunkte 6 und 7 gemeinsam beraten werden.

Im Finanzausschuss werden bei der Beratung des Stellenplanes die Neuaufnahme bzw. Streichung diverser Stellen kontrovers diskutiert. Einigkeit besteht über die zusätzliche Aufnahme folgender Stellen im Stellenplan:

- 1 unbefristete Vollzeitstelle im Bereich der Fachdienste 60 **oder** 66 zur Abwicklung von Kreuzungsbegehren, Radwegeplanung und Schulwegsicherung
- 2 unbefristete Vollzeitstellen für Sozialarbeit (Flüchtlingsbetreuung) im FD 50

Folgende Stelle soll nach Auffassung des Finanzausschusses aus dem Stellenplan gestrichen werden:

- FD 32: Außendienstmitarbeiter zur Überprüfung des Aufgabenbereichs „Öffentliche Sicherheit)

Im Kita-Bereich ist seitens des Ausschusses die Einplanung zweier neuer Vertretungsstellen (Vollzeit- bzw. ggf. vier Teilzeit) denkbar. Hier soll verwaltungsseitig eine entsprechende Bedarfsanalyse vorgelegt werden. Herr Ostermann gibt zu bedenken, dass hier nicht am dafür eingerichteten Arbeitskreis vorbei entschieden werden sollte.

Aufgrund der sich voraussichtlich fortsetzenden Erhöhung der Fallzahlen im Bereich des AsylbLG wäre nach Vorlage einer fundierten Bedarfsberechnung eine Erhöhung der Stellenzahl im SG 501 denkbar, so die Ansicht im Finanzausschuss.

Die Streichung der verbleibenden in E 9 eingruppierten Stelle im Bürgermeistereferat wird diskutiert. Es wird aus dem Ausschuss heraus die Ansicht vertreten, dass für eine Stadt in der Größenordnung Neustadts eine Pressesprecherstelle ausreichend ist. Bei entsprechender Begründung kann die 2. Stelle ggf. im Stellenplan verbleiben.

Herr Lechner regt die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle zur Flüchtlingskoordination an. Herr Schillack erläutert das Vorgehen der Verwaltung im

Rahmen der Flüchtlingskoordinierung und hält entgegen, dass die Aufgabenbewältigung in diesem Themenfeld durch eine städtische TaskForce erfolgen soll.

Da zur Beschlussfassung zu diesen Sachverhalten des Stellenplanes seitens der Verwaltung noch Unterlagen beigebracht werden müssen und dies in Erwartung verschiedener Haushaltsbegleitanträge wohl auch für die Haushaltssatzung gelten werde, schlägt Herr Hahn vor, die Sitzung zu den Tagesordnungspunkten 6 und 7 als unterbrochen gelten zu lassen. Die übrigen Mitglieder des Ausschusses sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden. Es wird sich darauf verständigt, die Sitzung zu diesen beiden Tagesordnungspunkten am 17.12.2015 fortzusetzen; zunächst aber mit der Beratung der Tagesordnungspunkte fortzufahren.

Herr Lechner gibt an, dass es aufgrund des vorliegenden Haushaltsplanes schwierig sei, etwaige Einsparungspotentiale in den einzelnen Teilhaushalten der Verwaltung zu bewerten. Er regt an, eine Aufwandsminderung in Höhe von 1 Million Euro im Sachmittel- und im Personalkostenbudget zu verankern.

Betreffend der besseren Lesbarkeit des Haushaltes verweist Herr Neuwald auf den möglichen Einstieg in eine interaktive, dann ggf. auch kontingente, Darstellung des Haushaltsplanes ab dem Haushaltsjahr 2017.

Da die zuvor beantragte Planerstelle im Bereich erst im Laufe des Jahres besetzt werden könne, sollten aufgrund der gegebenen Dringlichkeit 50.000 EUR Planungsmittel zusätzlich in den Haushalt eingestellt werden, so Herr Lechner.

Anschließend werden folgende Anträge mit jeweils 8 Ja- und 3 Nein-Stimmen vom Finanzausschuss beschlossen:

- Im Ergebnishaushalt soll eine Einsparung von 1.000.000 EUR im Bereich der Sachkosten und der Personalkosten vorgenommen werden.
Abgebildet werden soll die Einsparung im THH 90 des FD 20.
- Für die zusätzlich beantragte Planungsstelle im Bereich der Fachdienste 60 **oder** 66 sollen aufgrund der Dringlichkeit 50.000 EUR Planungsmittel eingestellt werden.

Bezüglich des Investitionshaushaltes werden folgende Anträge zum Haushalt seitens des Finanzausschusses beschlossen:

- Invest-Nr.: 3650512017 KJH – Grundausstattung 8 Krippenplätze
Die Maßnahme wird gestrichen (7.000 EUR)
Einstimmig beschlossen
- Invest.-Nr.: 1110650127 Erstellung Parkhaus ZOB
Es soll geprüft werden, was genau für ein Parkhaus benötigt wird und ob es ggf. alternative Standorte gibt. Hierfür sollen lediglich die notwendigen Planungsmittel eingestellt werden (180.000 EUR).
9 Stimmen dafür, 2 dagegen

Mit der Veranschlagung der Investitionen für Neubauten von Feuerwehrgerätehäusern (Investitionsmaßnahme: 1110650128 Neubau Feuerwehrstützpunkt Otternhagen, Investitionsmaßnahme: 1110650131 Neubau Feuerwehrstützpunkt Mandelsloh) zeigen sich insbesondere Herr Lechner und Herr Sommer so nicht eiverstanden. Hier sollten erst nach Absprache mit der Feuerwehr konkrete Fakten geschaffen werden. Auch Herr Hahn vertritt die Auffassung, dass die Maßnahmen gestrichen werden sollten, da zunächst der konkrete, ergebnisoffene Dialog mit den Verantwortlichen der Feuerwehr über die Festlegung einer Reihenfolge der notwendigen Neubauten erfolgen soll.

Der Finanzausschuss verständigt sich darauf, dass in diesem Bereich eine Pauschalinvestition eingestellt werden soll, damit eine Handlungsfähigkeit gegeben ist.

Eine Abstimmung erfolgt in dieser Angelegenheit nicht.

Fragen der Ausschussmitglieder zu den Investitionsmaßnahmen:

5730700016 Fahrzeuge, Maschinen und Geräte Bauhof
5520680003 Hochwasserschutz Leine) Kernstadt

werden von Herrn Homeier abschließend beantwortet.

Herr Lechner und Herr Sommer kündigen an, dass ein weiteres „Kleines Paket“ an Maßnahmen geschnürt werden soll. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen, die aus den Ortsratssitzungen heraus beantragt wurden. Die Umsetzung wird fraktionsübergreifend erfolgen.

Anmerkung der Verwaltung:

*Die von Herrn Lechner und Herrn Sommer per E-Mail benannten Maßnahmen wurden zusammengefasst und als **Anlage 1** dem Protokoll sowie als **Anlage 7** der Vorlage 2015/225/3 beigefügt.*

Unter den Stichworten: Marktstr. Süd und Innenstadtentwicklung bittet Herr Lechner um Mitteilung, in welchem Umfang hier Planungskosten in den Haushalt eingestellt seien.

Anmerkung der Verwaltung:

Für die Innenstadtentwicklung sind 30.000 EUR Planungskosten im Ergebnishaushalt 2016 vorgesehen.

Herr Sommer gibt an, dass er noch Prüfaufträge an die Verwaltung übersenden werde.

Anmerkung der Verwaltung:

*Die von Herrn Sommer per E-Mail benannten Prüfaufträge sind dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.*

Der Vorsitzende Herr Hahn eröffnet um 19.05 Uhr die Fortsetzung der Sitzung des Finanzausschusses vom 01.12.2015 und begrüßt die Anwesenden, insbesondere den künftigen Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung GmbH, Herrn Uwe Hemens. Anschließend stellt er die weiterhin gegebene Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Herr Hemens stellt sich kurz vor und zeigt dabei u. a. die von ihm beabsichtigte Vorgehensweise für seine künftige Tätigkeit bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft auf.

Er wolle sehr schnell Kontakt zu den ortsansässigen Vereinigungen und Gewerbetreibenden suchen, um sich einen Überblick über die örtlichen Gegebenheiten und Bedarfe zu verschaffen. Nach der Analyse müsse dann die strategische Ausrichtung der Gesellschaft in Abstimmung mit den Gesellschaftern erfolgen, es müssten insbesondere feste Ziele vereinbart werden. So habe er z. B. vor, ein Gewerbeflächenmanagement aufzubauen, das interessierten Personen und Unternehmen in konzentrierter Form einen schnellen Überblick über alle freien Gewerbeflächen im Stadtgebiet verschaffen solle. Auch wolle er u. a. die ortsansässigen Unternehmen bei der Fachkräfteentwicklung unterstützen.

Herr Hahn dankt Herrn Hemens für seinen Vortrag und wünschte ihm für seine Tätigkeit viel Erfolg. Anschließend setzt der Finanzausschuss die Beratung der Tagesordnungspunkte 6 (Stellenplan 2016) und 7 (Haushaltssatzung 2016) fort.

Es entwickelt sich eine längere Diskussion mit vielen Wortbeiträgen zu dem Thema, ob die Verwaltung die Ergänzungsvorlage zum Stellenplan (BV 2015/211/2), die im Nachgang zu der Sitzung am 01.12.2015 erstellt wurde, zu der heutigen Sitzung habe vorlegen dürfen.

Die Finanzausschussmitglieder verständigen sich abschließend darauf, die Ergänzungsvorlage als nicht vorgelegt (abgesetzt) zu betrachten, da in ihr teilweise bereits getroffene Entscheidungen des Finanzausschusses nicht in der beschlossenen Form umgesetzt wurden. Die Beratung erfolgt weiterhin auf der Grundlage der Beschlussvorlage 2015/211/1.

Herr Lechner und Herr Sommer vertreten trotz anderer Argumentation von Herrn Schillack weiterhin die Auffassung, die Stelle eines Flüchtlingskoordinators in den Stellenplan einzustellen.

Herr Lechner und Herr Sommer beantragen aufgrund eines inzwischen vom Fachdienst Kinder- und Jugend vorgelegten Schreibens (**Anlage 3** des Protokolls), zwei zusätzliche Stellen für Vertretungskräfte im Bereich der Kindertagesstätten zu bewilligen. Dem Antrag stimmt der Finanzausschuss mit 8 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen zu.

Der Finanzausschuss beschließt mit 8 Ja- und 2 Nein-Stimmen folgende Änderungen für den Stellenplan 2016:

- | | |
|----------------------|---|
| 1 Stelle zusätzlich | Stadtplaner/in für Aufhebung Eisenbahnübergänge, Schulwegsicherung und Radwegeplanung |
| 2 Stellen zusätzlich | Flüchtlingssozialarbeit |
| 2 Stellen zusätzlich | Sachbearbeitung Asylbewerberleistungsgesetz |
| 1 Stelle zusätzlich | Flüchtlingskoordinator/in |
| 2 Stellen zusätzlich | Vertretung im Bereich der Kindertagesstätten |

1 Stelle weniger Außendienst Ordnungsangelegenheiten (Überprüfung
Waffenunterbringung, Hundeanmeldung,
Meldeangelegenheiten)

Danach lässt der Ausschussvorsitzende über die Positionen der Veränderungslisten zum eingebrachten Haushaltsentwurf sowie der aktuellen Investitionsplanung in der Fassung der Anlagen 1, 2 und 4 zur Beschlussvorlage 2015/225/3 abstimmen. In diese sind bereits die Veränderungen vom 01.12.2015 eingearbeitet.

Herr Lechner ist mit der Veranschlagung der Mittel bei der Investitionsmaßnahme „1110650135 Investitionen in Feuerwehrgebäude (Stadtteile)“ nicht einverstanden. Es war nicht Absicht, dass die bisherigen Mittel für die Feuerwehrgerätehäuser Mandelsloh und Otternhagen unter einer Nummer zusammengefasst werden, sondern es sollten bis zu einer endgültigen Klärung mit der Feuerwehr nur Pauschalbeträge für die Investitionen bereitgestellt werden. Auch sei in diesem Zusammenhang die eingestellte Verpflichtungsermächtigung von 1,4 Mio. EUR zu löschen. Er schlägt die nachfolgenden Ansätze vor:

| | |
|------|---------------|
| 2016 | 100.000 EUR |
| 2017 | 1.000.000 EUR |
| 2018 | 1.000.000 EUR |
| 2019 | 1.000.000 EUR |

Die Finanzausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag von Herrn Lechner einstimmig zu.

Weiterhin führt Herr Lechner aus, dass die CDU und SPD beabsichtigen, in der nächsten Ratssitzung einen Antrag zur Minimierung der Kosten für ein neues Rathaus einzubringen, dessen mögliche Umsetzung von der Verwaltung aber noch geprüft werden müsse. Es sollten daher zunächst nur Planungsmittel in Höhe von 200.000 EUR im Haushalt veranschlagt werden. Die übrigen Mittel seien zu löschen.

Herr Plötz bezeichnet diese Vorgehensweise als unglücklich, da der erwähnte Antrag noch nicht vorliege. Er könne die Sachlage daher nicht einschätzen.

Bei der folgenden Abstimmung schließen sich 8 Finanzausschussmitglieder dem Vorschlag von Herrn Lechner an, 2 Mitglieder stimmen mit Nein.

Anschließend berät der Finanzausschuss die im Nachgang der Sitzung am 01.12.2015 von der SPD- und CDU-Fraktion eingereichten Wünsche (Anlage 7 der BV 2015/225/3):

a) Erweiterung des Kindergarten Büren um einen Pausenraum

Es werden für die Umsetzung 10.000 EUR bereitgestellt (8Ja, 2 Nein).

b) Hortanbau Grundschule Mandelsloh

Der Haushaltsrest ist nach 2016 zu übertragen.

c) Ausbau des Fuß- und Radweges an der Meerstraße (Mardorf) im Bereich „Dreieck bis Rote-Kreuz-Straße“

Die Notwendigkeit der Maßnahme belegt Herr Niemeyer durch die Vorlage eines Fotos, welches als **Anlage 4** dem Protokoll beigefügt ist. Gemäß Entscheidung des Finanzausschusses sind 15.000 EUR Planungsmittel in den Haushalt 2016 aufzunehmen, die Bauausführung soll 2017 erfolgen (8 Ja, 2 Enthaltung).

Weiterhin soll der Fachdienst 66 noch einmal die Beitragspflicht prüfen.

d) Nachnutzungskonzept für die Grundschule Mardorf

Die Verwaltung soll zusammen mit dem Ortsrat Mardorf ein Nachnutzungskonzept erarbeiten.

e) Fortführung der Sanierung der Fußgängerzone in der Kernstadt

Die Fußgängerzone ist in 2016 im Bereich der Windmühlenstraße (Bereich Marktstraße in Richtung Schustergasse – möglichst bis Fischgeschäft) zu sanieren. Hierfür erhält die Verwaltung zusätzlich 100.000 EUR (einstimmig).

f) Vorgezogene Sanierung der Aula des Gymnasiums

Eine vorgezogene Sanierung der Aula ohne Rücksicht auf das Ergebnis der geplanten Bestandsaufnahme für den gesamten Gebäudekomplex ist nach Aussage der Verwaltung nicht sinnvoll. Der Finanzausschuss drängt deshalb darauf, dass bei der jetzt folgenden Bestandsaufnahme die Sanierung der Aula vorrangig betrachtet wird.

g) Neubau und Ersatz von Gerätehäusern an Schulen und Kindergärten

Hierfür sind zusätzlich 5.000 EUR in den Haushalt 2016 einzustellen (einstimmig).

h) Ersatzbeschaffung von Spielgeräten an Schulen und Kindergärten

Der bisherige Ansatz ist von 3.100 EUR auf 10.000 EUR zu erhöhen (einstimmig).

i) Projekt Klimaschutz verwurzeln (InvestNr. 5110610011)

Die einzelnen Pflanzmaßnahmen sind zusammen mit den Ortsräten zu entwickeln.

Die Stadt stellt nur Mittel für den Baumkauf (insgesamt 5.000 EUR) im Haushalt 2016 bereit, die Arbeitsleistung selbst muss von den Stadtteilen erbracht werden (einstimmig).

j) Erneuerung der sanitären Anlagen in der Turnhalle Poggenhagen

Mit 8 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen stellt der Finanzausschuss für

die Erneuerung der Sanitäreinrichtungen 20.000 EUR zusätzlich in den Haushalt ein.

k) Erneuerung der Schulküche mit einer Akustikdecke sowie einer Abzugsanlage in der Grundschule Schneeren

Herr Schillack weist darauf hin, dass die Einrichtung von Schulküchen an Grundschulen nicht zu den Aufgaben des Schulträgers gehöre. Die vorhandene Küche in Schneeren sei privat beschafft worden und wäre daher auch nicht von der Stadt zu unterhalten.

Daraufhin bittet Herr Lechner um Zurückstellung der Entscheidung bis zum Verwaltungsausschuss am 04.01.2016, da er zunächst Rücksprache mit dem Ortsbürgermeister nehmen möchte.

l) Bereitstellung eines Budgets für den Präventionsrat

Dem Finanzausschuss ist eine Übersicht vorzulegen, über welche Budgets die einzelnen städtischen Gremien verfügen.

Der Präventionsrat erhält ein Budget von 2.000 EUR. Der Ergebnishaushalt 2016 ist entsprechend aufzustocken (einstimmig).

Herr Herbst erläutert einen Zuschussantrag der Dorfwerkstatt Bordenau. Diese plane für Bordenau den Betrieb einer Begegnungsstätte und benötige hierfür einen lfd. städtischen Zuschuss in einer Größenordnung von rd. 6.000 EUR jährlich. In der folgenden Diskussion verständigt sich der Finanzausschuss mit Blick auf andere Fälle einstimmig darauf, zunächst nur eine einmalige Anschubfinanzierung von 3.000 EUR in 2016 zu gewähren. Die Mittel sind zusätzlich in den Haushalt einzustellen.

Herr Lechner bemängelt die fehlende Transparenz hinsichtlich der Veränderungen bei den Stellen im Stellenplan, die sich im Verlauf eines Haushaltsjahres einstellen. Der politische Raum würde hiervon oft erst erfahren, wenn schon nicht mehr gegengesteuert werden könne. Auch ließen sich die Veränderungen im Nachhinein teilweise nur schwer nachverfolgen. Er beantragt daher, der Verwaltung aufzuerlegen, dass diese künftig den Verwaltungsausschuss im Vorfeld von Stellenbesetzungen zu unterrichten habe, wobei der Verwaltungsausschuss im Einzelfall das Recht haben soll, die Stellenbesetzung zu untersagen. Dem Antrag stimmt der Finanzausschuss mit 8 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Am Ende der Beratung der Tagesordnungspunkte 6 und 7 fasst der Finanzausschuss unter Einbeziehung der von ihm beschlossenen Änderungen einstimmig bei 1 Enthaltung und 1 Nein-Stimme den

8. Bekanntgaben

Herr Schillack gibt bekannt, dass der 1. Nachtrag zum Produkthaushalt 2015 genehmigt worden ist.

8.1. Produktplan der Stadt Neustadt a. Rbge. für das Haushaltsjahr 2016; Beteiligung der Ortsräte **2015/230/1**

9. Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Ausschussvorsitzender

Erster Stadtrat

Protokollführer

Neustadt a. Rbge., 04.05.2016